LEITANTRAG

PARTEITAG DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION 2026

NÄHER AM MENSCHEN

FÜR EIN BÜRGERNAHES UND BODENSTÄNDIGES BAYERN

FREITAG/SAMSTAG | 23./24. OKTOBER 2026
MESSE MÜNCHEN | HALLE C6/CCN

CSU

Näher am Menschen – Für ein bürgernahes und bodenständiges Bayern

Bayern ist stark und sozial, weil die Menschen in Bayern stark und leistungsbereit sind und sich um ihre Mitmenschen kümmern. Diese Kraft entsteht nicht in Amtsstuben und nicht durch immer neue Regelungen, sondern durch Menschen, die jeden Tag Verantwortung für sich und andere übernehmen: in der Familie, in Unternehmen, in der Kommunalpolitik oder im Ehrenamt, in der Nachbarschaft, am Pflegebett, im Einsatz für ihre Mitmenschen. Der Alltag der Menschen ist deshalb für uns als CSU der Maßstab unseres politischen Handelns. Unsere Leitfrage ist: Was dient den Menschen?

Wir hören zu, bevor wir handeln. Unsere Politik ist bodenständig und folgt Augenmaß und Vernunft, nicht Ideologie und dem erhobenen Zeigefinger. Sie beruht auf dem Vertrauen in die Lebensleistung und den gesunden Menschenverstand der Bürger. Darin unterscheiden wir uns von jenen, die den Staat über den Menschen stellen: Wir lehnen Gleichmacherei, Fremdbestimmung und Entmündigung des Einzelnen ab. Für uns ordnet der Staat das Zusammenleben, damit Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen in unserem Land gewahrt bleiben – nicht, um den Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu leben haben.

Gleichzeitig gilt für uns aber: Wer sich nicht selbst helfen kann, der kann sich auf die Solidargemeinschaft in unserem Sozialstaat verlassen. Auch der hilfsbedürftige Mensch hat ein Recht auf Teilhabe und Schutz in Würde. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient im Alter Anerkennung für seine Lebensleistung. Das ist das Versprechen des partnerschaftlichen Sozialstaats und der sorgenden Gesellschaft.

Leistung ist für uns kein Makel, sondern Grundlage von Wohlstand und Fortschritt für alle. Wer sich anstrengt, mehr Verantwortung übernimmt oder mehr riskiert, muss dafür auch mehr haben – Leistung muss sich lohnen. Darin gründet unser Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft: Eigenverantwortung der Bürger und staatliche Schutz- und Ausgleichspflichten gehören für uns untrennbar zusammen, als Fundament einer Sozialen Marktwirtschaft, die Freiheit und Verantwortung, Leistung und Solidarität, Eigentum und Zusammenhalt miteinander verbindet.

<u>Den Menschen ein Zuhause geben: Eigenheim und Miete wieder bezahlbar machen</u>

Gerade für die junge Generation muss das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft wieder gelten: Wer hart arbeitet, muss sich am Ende auch die

eigenen vier Wände leisten können. Wohneigentum ist für uns kein Luxus und kein Privileg weniger, sondern der verdiente Lohn für Fleiß und Leistungsbereitschaft. Diesem Versprechen wollen wir mit einem breiten Maßnahmenkatalog wieder Substanz geben, damit Menschen in Bayern erneut eine echte Perspektive auf ein Eigenheim haben.

Wohneigentum als Fundament für Familie und Altersvorsorge. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum – egal ob im Eigenheim oder zur Miete. Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung zur Familiengründung. Wer Familien wirklich stärken will, muss ihnen deshalb den Weg ins Eigentum ebnen und die Voraussetzungen für genug bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Bayern fördert Wohnraum und Eigenheim – Bauen in Bayern wird wieder einfacher. Bayern geht voran und fördert bereits mit zahlreichen Programmen den Neubau, den Erwerb und die Modernisierung von Eigentum, aber auch von Mietwohnraum. Damit trägt der Freistaat Bayern entscheidend dazu bei, das Angebot an Wohnraum zu erhöhen. Dabei gehen wir breit gefächert vor: Mit der Bayerischen Wohnraumförderung haben wir nicht nur die Großstädte, sondern auch den ländlichen Raum im Fokus. Mit dem Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm bietet der Freistaat Familien Unterstützung beim Bau und Erwerb von Eigenwohnraum durch ein zinsverbilligtes Darlehen und Kinderzuschüsse an. Gefördert werden auch junge Menschen durch die Förderung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende. Über das Bayerische Modernisierungsprogramm wird die Modernisierung von Mietwohnungen gestärkt, Kommunen profitieren vom kommunalen Wohnraumförderprogramm. Durch zinsfreie Baudarlehen unterstützt Bayern zudem den behindertengerechten Umbau von Miet- und Eigentumswohnraum. Mit dem bereits auf den Weg gebrachten „Bayerischen Bauturbo-Gesetz" wird beispielsweise der Umbau von Bestandsgebäuden deutlich einfacher, Wohnraumschaffung wird zum überragenden öffentlichen Interesse und eine Vielzahl von Anforderungen wird praxisgerecht abgesenkt. Unser Ansatz: weniger Bürokratie, größere Flexibilität, mehr Wohnraum.

Bauen statt Klauen – unser Gegenentwurf zur linken Enteignungspolitik. Während Linke auf Enteignungen, Mietendeckel und die Beschimpfung von Leistungsträgern und Investoren setzen, gilt für uns ein einfacher Grundsatz: mehr Angebot durch mehr Bauland und weniger Vorgaben. Enteignungen und Mietendeckel schaffen keinen einzigen zusätzlichen Quadratmeter Wohnraum. Stattdessen vernichten sie privates Kapital, zerstören das Vertrauen in den Schutz des Eigentums, verhindern schon aktuell neuen Wohnraum durch einen Finanzierungsstopp der Banken, schrecken Investoren ab und zerstören jeden Anreiz zur Sanierung. Nur durch mehr und günstigeren Wohnbau werden auch die Mieten sinken. Deshalb setzen wir auf Bauen statt Klauen.

Bauen wieder bezahlbar und einfacher machen. Damit Förderprogramme ihre volle Wirkung entfalten können, braucht es gleichzeitig den Abbau von Regulierungen, um die Baukosten zu senken. Unser Ansatz setzt deshalb an der Wurzel an: Wir wollen die Baukosten strukturell senken, statt teure Fehlentwicklungen immer nur nachträglich staatlich zu subventionieren.

Unsere Forderungen für mehr und günstigeren Wohnraum:

- Eigenheim-AfA für den ersten Erwerb oder Neubau selbstgenutzten Wohneigentums einführen.
- Starthilfe Wohneigentum mit Bürgschaften und Eigenkapitalersatz zur Senkung der hohen Eigenkapitalanforderungen einführen; Mietkauf-Modelle stärken.
- Erbbaurecht auf staatlichen Liegenschaften mehr nutzen.
- Länderöffnungsklausel und Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie.
- Gebäudetyp E auf Bundesebene ohne weitere Verzögerung.
- Normen-TÜV mit einer verbindlichen Kostenfolgenprüfung für alle den Bau betreffenden Normen.
- Mehr Pragmatismus im Arten- und Umweltschutzrecht für mehr Wohnungsbau.
- Fortsetzung der EH55-Plus-Förderung bis zum Start der neuen KfW-Förderarchitektur Mitte 2027.
- Ausweitung der Sonder-AfA für den Mietwohnungsbau auf den Effizienzhaus-Standard EH 55.
- Eigentum schützen: Sofortiges Stoppsignal per Bundesgesetz für Enteignungsszenarien linker Berliner Phantasten, die unsozial sind, weil sie schon jetzt dringend nötigen Wohnraum verhindern, Investoren verschrecken und Bankenfinanzierung bremsen.
- Bekenntnis zur Schuldenbremse gegen ausufernde Staatsschulden und für ein stabiles Zinsniveau.

Den Menschen mit Respekt und Würde begegnen: Pflege als gelebte Nächstenliebe anerkennen

Pflege darf keine Verwaltungsaufgabe sein. Pflege ist eine Frage der Menschenwürde und der Nächstenliebe, die unserer christlich-sozialen Politik seit jeher zugrunde liegt. In Bayern und in ganz Deutschland leisten Millionen Angehörige jeden Tag oft unbezahlte Pflegearbeit. Sie sind die tragende Säule unseres Pflegesystems. Dieser Einsatz muss auch künftig anerkannt, unterstützt und erleichtert werden. Unser Pflegesystem ist derzeit leider oftmals dominiert von Formularen, Doppelstrukturen und unklaren Zuständigkeiten, die kaum noch zu durchschauen sind. Oftmals kostet die

Bürokratie mehr Zeit als die eigentliche Pflege. Mit den anstehenden Reformen in der Pflege muss gelten: mehr Zeit für den Menschen, weniger Zeit für das Formular.

Antragsdschungel beenden – Pflegeleistungen einfach und schnell zugänglich machen. Pflegende Angehörige dürfen nicht an Formularen, doppelten ärztlichen Nachweisen und der Unübersichtlichkeit von Pflegegeld, Pflegesachleistungen, Entlastungsbeträgen und Hilfsmittelzuschüssen verzweifeln. Es braucht eine deutliche Vereinfachung und Digitalisierung der Antragsverfahren sowie eine verlässliche Lotsenfunktion, die Angehörigen von Anfang an aufzeigt, welche Leistungen ihnen zustehen und wie sie diese ohne bürokratische Hürden erhalten.

Pflegestützpunkte zu echten Lotsen für Pflege und Teilhabe weiterentwickeln. Wir begrüßen den Ausbau der Pflegestützpunkte zu PflegestützpunktenPlus und die Einführung von Pflegebegleitern, die Betroffene direkt zu Hause erreichen. Diese Infrastruktur muss aber über reines Case-Management hinaus auch echtes Care-Management leisten und somit Leistungserbringer vor Ort vernetzen sowie Angebotslücken aktiv schließen. Zudem fordern wir, den Kreis der Anspruchsberechtigten in der häuslichen Pflege auf alle Menschen mit Gesundheits-, Pflege-, Teilhabe- und sozialen Bedarfen auszuweiten, um Systemkosten durch frühzeitige, passgenaue Hilfe zu senken.

Bürokratieabbau in der ambulanten Pflege konsequent fortsetzen. Das seit 2025 vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geförderte Pilotprojekt zum Bürokratieabbau in der ambulanten Pflege zeigt, wie Verordnungsmanagement, Digitalisierung, Fahrdienste und Tourenplanung spürbar entlastet werden können. Wir fordern, dieses Pilotprojekt unter Einbindung lokaler Akteure und der Erfahrungen privater Pflegedienste zügig in die Fläche zu bringen und seine Ergebnisse nach Projektabschluss verbindlich in die Praxis zu überführen.

Doppelprüfungen abschaffen – Vertrauen in der stationären Pflege stärken. Mit der Novelle des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes bauen wir Doppelprüfungen durch die Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen und den Medizinischen Dienst ab und richten die Aufsicht risikoorientierter und stärker beratend aus. Wir fordern, diesen Weg konsequent fortzusetzen: mehr Eigenverantwortung für die Einrichtungen, mehr Zeit für die Pflege – bei unverändert konsequentem Schutz der Bewohner.

Den Menschen Gesundheit und Lebensqualität sichern: wohnortnah, menschlich, verlässlich

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Ein gutes Gesundheitssystem, das eine angemessene Versorgung bereitstellt, ist Ausdruck gelebter Solidarität. Wir stehen für ein Gesundheitssystem, das wohnortnahe Versorgung mit Spitzenmedizin verbindet und niemanden allein lässt. Gerade dort, wo der demografische Wandel und der Fachkräftemangel unser Land vor große Herausforderungen stellen. Eine verlässliche, menschliche und bezahlbare Gesundheitsversorgung bleibt deshalb eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Politik und wird zu Recht von den Menschen in unserem Land erwartet.

Primärversorgungssystem einführen – Versorgung optimieren. Das sich derzeit in der Entwicklung befindliche Primärversorgungssystem kann ein echter Paradigmenwechsel in unserem Gesundheitssystem werden und viele Verbesserungen für die Menschen mit sich bringen. Gerade deshalb muss es gründlich und mit Weitsicht gestaltet werden. Das neue System muss von Beginn an funktionieren und gerade deshalb muss der Prozess weiterhin eng von Hausärzten, Fachärzten, Pflegekräften und Apotheken im Dialog mit der Politik begleitet werden.

Spürbare Verbesserung für Patienten als Maßstab. Entscheidend ist am Ende nicht die Struktur auf dem Papier, sondern das, was beim Patienten ankommt. Der Erfolg der Reform muss sich konkret an schnelleren Arztterminen und mehr Zeit des Arztes pro Patient messen lassen – alles andere wäre eine Reform am Menschen vorbei.

Freie Arztwahl erhalten – Hausarzt als starker erster Ansprechpartner. Die freie Arztwahl beim Hausarzt ist für uns nicht verhandelbar und muss auch im neuen System vollständig erhalten bleiben. Die hausärztliche Versorgung muss so gestärkt werden, dass künftig rund 80 Prozent der Fälle beim Hausarzt fallabschließend behandelt werden können, ohne dass Patienten unnötig durch das System geschickt werden. Für uns ist dabei klar: Für bestimmte, insbesondere chronische Erkrankungen braucht es klar definierte Ausnahmen, die den direkten Weg zum Facharzt ermöglichen.

Aufgaben sinnvoll delegieren statt Hausärzte allein zu lassen. Hausärzte können die wachsenden Anforderungen nicht allein stemmen. Wir fordern, geeignete Aufgaben verstärkt an gut ausgebildete Fachkräfte in der Pflege, an Physician Assistants und an Apotheken zu delegieren, um Ärzte zu entlasten und Patienten schneller zu helfen.

Bürokratie als Krankheitsursache des Systems bekämpfen. Bürokratie kostet Zeit, die Ärzten und Pflegekräften für die Behandlung fehlt, und treibt die Kosten im Gesundheitswesen unnötig in die Höhe. Wir fordern, das

angekündigte Bürokratierückbaugesetz konsequent umzusetzen, Doppelprüfungen abzubauen und auf risikoorientierte, vertrauensbasierte Kontrollen umzustellen.

Ärztemangel auf dem Land weiter entschlossen bekämpfen. Mit der bayerischen Landarztquote konnten bereits viele künftige Ärzte für den Dienst im ländlichen Raum und in unterversorgten Gebieten gewonnen werden. Wir werden die bestehende Landarztprämie weiterentwickeln, zusätzliche Mobilitäts- und Team-Up-Prämien sowie Stipendienprogramme ausbauen, damit sich mehr junge Mediziner für eine Niederlassung auf dem Land entscheiden. Auch mobile Versorgungslösungen sollen in Zukunft eine größere Rolle spielen.

Den Menschen zur Seite stehen: Familien den Rücken stärken

Ursprung jeder Gemeinschaft ist die Familie. Sie ist das stärkste soziale Netz und erster Ausdruck von Solidarität. Der Staat kann familiäre Bindungen und menschliche Fürsorge weder ersetzen noch schaffen. Er muss allen familiären Situationen gerecht werden.

Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander, für Kinder, Enkelkinder oder auch für zu pflegende Angehörige Verantwortung übernehmen und Sorge füreinander tragen. Wer sich für eine Familie und Kinder entscheidet, verdient dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Familien brauchen eine Betreuung, auf die sie sich verlassen können. Sie brauchen einen Alltag, der bezahlbar bleibt. Und sie brauchen einen Staat, der ihnen nicht zusätzliche Hürden in den Weg legt, sondern den Rücken freihält und mehr Zeit mit der Familie ermöglicht. Wir stehen für die Wahlfreiheit der Familien. Das ist unser Verständnis von Familienpolitik. Es geht uns nicht um Bevormundung von oben, sondern um Unterstützung dort, wo das Leben tatsächlich stattfindet. Wir wollen Alleinerziehende gezielt unterstützen, Sorgearbeit stärker anerkennen und Kinderarmut wirksam bekämpfen.

Politik mit den Familien gestalten – Vorfahrt im Alltag. Wir werden einen Runden Tisch Familienpolitik einrichten, an dem Familien, Verbände und Praktiker gemeinsam über die drängendsten Anliegen des Familienalltags beraten und gemeinsam Lösungen entwickeln. Mit einem Bayerischen Familiengesetz werden wir Familienfreundlichkeit als Leitlinie staatlichen Handelns verankern. Familien mit Kindern sollen in ihrem Alltag bei Behördenvorgängen entlastet und bevorzugt behandelt werden, damit sie mehr Zeit dafür haben, worauf es wirklich ankommt.

Once-Only – Familien Zeit zurückgeben. Wir wollen ein noch kinderfreundlicheres Bayern. Gute Familienpolitik lässt sich nicht allein über

finanzielle Mittel gestalten. Es geht auch darum, den Alltag der Menschen zu vereinfachen.

Derzeit müssen sich gerade junge Familien nach der Geburt eines Kindes noch durch ein Dickicht an Formularen und Zuständigkeiten schlagen. Sie kommen mit einer Vielzahl von Behörden und Verfahren in Berührung und müssen dabei immer wieder dieselben Angaben machen und Nachweise vorlegen, die dem Staat eigentlich bereits vorliegen. Das kostet Familien Zeit, die ihnen für ihre Kinder fehlt. Und es bindet in den Behörden unnötig Kräfte. Für uns gilt deshalb ein klarer Grundsatz: Was der Staat bereits weiß, soll er von Familien kein zweites Mal verlangen. Für das Elterngeld muss die Geburtsurkunde eigens eingereicht werden, obwohl die Geburt des Kindes bereits amtlich registriert ist. Wer umzieht, meldet seine neue Anschrift nicht nur beim Einwohnermeldeamt, sondern noch einmal eigens bei der Familienkasse.

Deshalb wollen wir bei den familienbezogenen Leistungen vorangehen. Sie sollen zum vorrangigen Feld werden, auf dem das Once-Only-Prinzip und die Registermodernisierung greifen. Vorhandene Melde-, Personenstands- und Stammdaten sollen mit Einwilligung der Familien zwischen den zuständigen Stellen übernommen werden. Anträge sollen automatisch vorausgefüllt sein. Und Familien sollen frühzeitig erfahren, welche Leistungen ihnen zustehen, statt sie mühsam selbst zusammensuchen zu müssen. Wir schaffen ein digitales Familienportal – auch per App – und stellen damit eine Plattform mit allen Informationen und Ansprechpartnern an einem Ort zur Verfügung. Das gilt auch für Nachweise der Behinderungen im Bereich der Eingliederungshilfe.

Wir setzen uns auch im Bund dafür ein, dass das Once-Only-Prinzip über alle Ebenen hinweg konsequent gilt. So entlasten wir Familien und Verwaltung zugleich. Und wir geben Familien das zurück, was ihnen am meisten fehlt: Zeit.

BayKiBiG-Reform – mehr Geld, weniger Bürokratie, verlässliche Qualität. Mit der Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beantworten wir eine zentrale Zukunftsfrage: Wie sichern wir auch künftig für jede Familie einen verlässlichen, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Betreuungsplatz? Schon 2026 hat der Freistaat die staatliche Betriebskostenförderung um 280 Millionen Euro beziehungsweise mehr als zehn Prozent erhöht. Bis 2030 werden insgesamt knapp drei Milliarden Euro zusätzlich in die Kinderbetreuung und die Träger fließen. Die bisherigen freiwilligen und bundesweit einmaligen Mittel aus dem Familien- und Krippengeld werden vollständig in das Kita-System überführt. Für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, verlässliche Öffnungszeiten und bezahlbare Elternbeiträge. Familie, Beruf und Pflege können dadurch besser vereinbart werden. Wir setzen uns auf Bundesebene auch für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit ein.

Unser Versprechen für Bayern

Wir erneuern unser Versprechen: Mit uns bleibt Bayern stark. Mit uns bleibt Bayern menschlich und bürgernah. Wir kümmern uns um die Menschen in Bayern. Und wir bleiben, was wir immer waren – die Partei, die näher an den Menschen ist. Mit dieser Haltung, mit diesen Werten, mit diesem Kurs hat die CSU bayerische, deutsche und europäische Geschichte geschrieben. Dieses Erbe ist für uns Auftrag und Verpflichtung. Für ein Bayern, in dem sich Leistung lohnt, Zusammenhalt gelebt wird und jeder Mensch in Würde leben kann.